

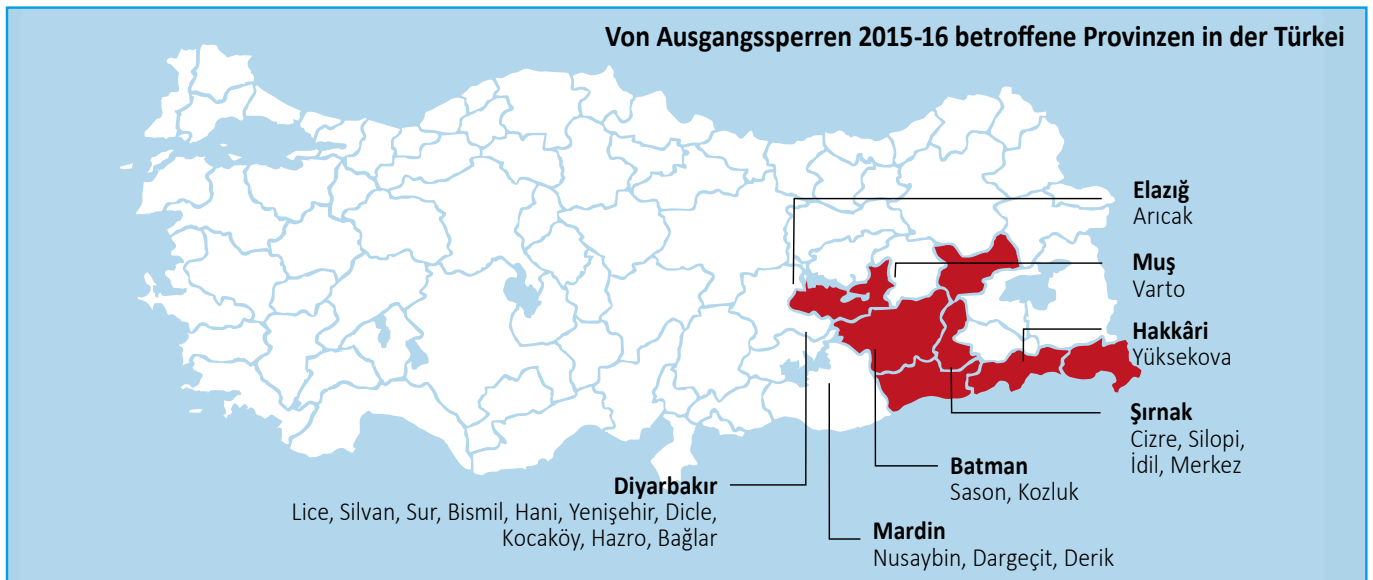
ippnw akzente

information der ippnw
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



(K)eine Hoffnung auf Frieden.
Eine Reise in spannungsreichen Zeiten

IPPNW-Reise in den Südosten der Türkei vom 15. bis 28. März 2025



Quelle: Türkische Menschenrechtsstiftung TIHV 2016

Ausnahmezustand 2015-16: Gewalttätige Proteste von kurdischen Jugendlichen wurden von der Regierung mit tagelangen Ausgangssperren, massivem Militäreinsatz, Zerstörung ganzer Stadtviertel und Vertreibung der Bevölkerung beantwortet.

////// INHALT ///////////////

Fach austausch mit Kolleg*innen aus Kurdistan	5
Zwangsverwaltung: Mittel der Repression	6
Besuch und Gegenbesuch	9
Innenpolitische Aufrüstung: Das „Jahr der Familie“	10
Besuch von drei LGBTIQ+-Vereinen in Diyarbakır n	12
Geschichte und neue Entwicklungen in der „Kurdenfrage“	14
Jineoloji – die Wissenschaft der Frauen	16
Die tragische Geschichte der antiken Höhlenstadt Hasankeyf	20
Zwangsverwaltung blockiert Städtepartnerschaft	22
Schreiben an die deutsche Botschaft: Politische Forderungen	26

////// RUBRIKEN ///////////////

Glossar	02
Editorial	03
Gesprächspartner*innen	04
Fotoseiten: Reiseeindrücke	18
Kontakt, Impressum, Spendenmöglichkeit	28

Glossar

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung. Regiert seit 2002, vertritt einen neoliberalen Wirtschaftskurs und den Umbau zu einem islamistisch-religiös geprägten Staat, außenpolitisch zunehmend einen nationalistischen, neosmanischen Expansionskurs.

Ausgangssperren 2015-16: Strafmaßnahmen gegen widerständige kurdische Dörfer und Städte. Hunderte von Zivilist*innen wurden getötet, Wohngebiete durch das Militär geplant. Bis heute werden die Ausgangssperren fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

DEM-Partei /HDP: Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker. Die DEM-Partei ist die Nachfolgerin der durch ein Verbot bedrohten pro-kurdischen Partei HDP.

PKK: Arbeiterpartei Kurdistans, eine kurdisch-sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation. Ihr 1999 verhafteter Gründer Abdullah Öcalan ist für viele Kurd*innen symbolische Figur des kurdischen Widerstandes.

MEBYA-DER: Solidaritätsverein für Menschen, die Angehörige im kurdischen Befreiungskampf verloren haben.

ÖHD: Jurist*innen für die Freiheit. Kurdische Anwält*innen, die sich vor allem um politische Gefangene kümmern und Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen nachgehen.

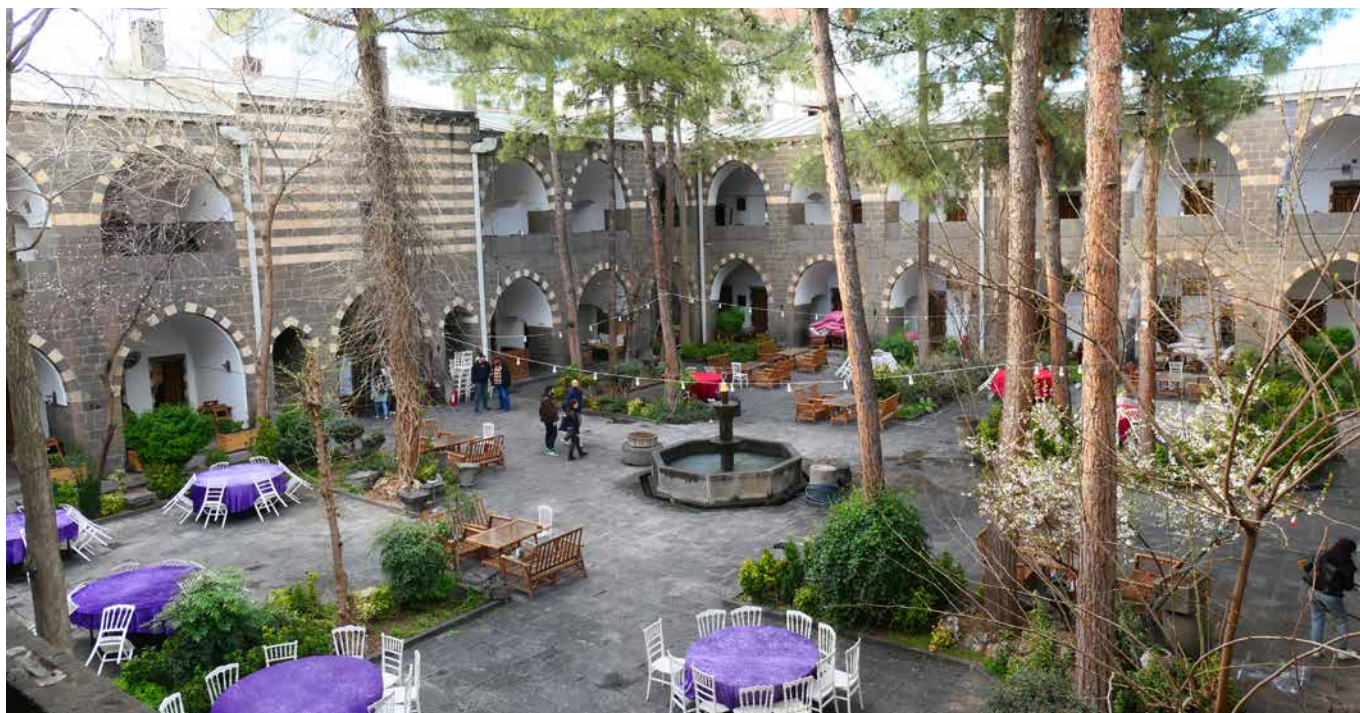
Ärztekammer: Zivilgesellschaftliche Vertretung von Ärzt*innen. Viele Mitglieder werden verfolgt, Spitzenfunktionäre stehen oft vor Gericht.

TIHV: Türkische Menschenrechtsstiftung, unterhält mehrere Behandlungszentren für Folteropfer in der Türkei. TIHV war führend bei der Ausarbeitung des Istanbul-Protokolls zur Dokumentation von Folterspuren und gibt eine tägliche Zusammenstellung von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei heraus.

Newroz: Kurdisches und persisches Neujahrsfest am 21. März, für die Kurd*innen im Südosten der Türkei öffentlicher Ausdruck ihres Widerstandes gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung.

TUHAD-FED: Solidaritätsverein der Familien der Gefangenen, berät die Angehörigen von Gefangenen und unterstützt sie teilweise auch finanziell, z.B. mit Autos oder Fahrkarten für Gefängnisbesuche

Zwangsverwalter: Viele Kommunen mit gewählten HDP-Bürgermeister*innen wurden von der AKP-Regierung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen 2015/16 unter Zwangsverwaltung gestellt.



Editorial

In einer Zeit der Umbrüche, in der langjährige Gewissheiten nicht mehr zu gelten scheinen – in einer Zeit, in der Militarismus und die Einschränkung zivilgesellschaftlichen Engagements zunehmen, in der die viel zitierten Werte der westlichen Welt unglaublich werden, weil sie je nach politischer Opportunität Anwendung finden oder eben nicht, in dieser neuen Zeit gibt es eine gegenläufige Entwicklung in Kurdistan. Unsere diesjährige Delegation konnte sich davon überzeugen, dass der Friedensaufruf von Abdullah Öcalan auf große Akzeptanz und verhaltene Hoffnung stößt bei seinen kurdischen Anhängern. Auch wenn der Personenkult auf mich weiterhin befremdlich wirkt, so ist doch Öcalans Einfluss auf die kurdische Gesellschaft ungebrochen. Die Menschen lesen seine Schriften, sie machen sich auf den Weg in eine neue, freie, geschlechtergerechte und ökologische Gesellschaft. Von Jahr zu Jahr können wir uns davon überzeugen, dass sie trotz aller Repression und traditioneller Barrieren, auf diesem Weg vorankommen.

Bei unseren ersten Besuchen Ende der 1990er Jahre trafen wir nur auf würdige Herren in dunklen Anzügen. Lediglich bei den Gewerkschaften saß mal eine Frau dabei, blieb aber meistens stumm. Das hat sich inzwischen geändert – sowohl im Straßenbild als auch bei den Gesprächspartner*innen. Die Frauenorganisationen haben viele Frauen geschult, mit ihnen über das neue Gesellschaftsmodell und ihre Rechte gesprochen, über alternative Kindererziehung und Schutz vor häuslicher Gewalt. Die Doppelspitze aus einer Frau und einem Mann in allen öffentlichen Ämtern wird konsequent umgesetzt und stärkt das Selbstbewusstsein aller Frauen.

Durch die Gegenbesuche kurdischer Menschenrechtler*innen in Deutschland vertiefen sich die Verbindungen, werden persönlicher und vertrauter. Die, über die wir uns austauschen, werden breiter, wie man auch in diesem Heft sehen kann. Noch gibt es aus Ankara keine Reaktion auf Öcalans Friedensaufruf. Die Zustim-

mung dazu war groß, die Hoffnung aber verhalten. Obwohl die PKK zum wiederholten Mal einen einseitigen Waffenstillstand erklärt hat, gehen die türkischen Angriffe auf ihre Stellungen im Nordirak weiter und es werden auch wieder chemische Kampfstoffe eingesetzt. Auch in Nordsyrien gibt es weiterhin Angriffe der Türkei und der mit ihr verbündeten islamistischen Milizen. Es scheint aber Bewegung in die Verhandlungen zu kommen. So wurde der umkämpfte Tisrin-Staudamm zum neutralen Gebiet erklärt. In Aleppo und Afrin gibt es Hoffnung auf positive Veränderungen und Rückkehroptionen für die Vertriebenen.

Während in unseren Zeitungen immer noch steht, dass die Kurden für einen eigenen Staat kämpfen, hat sich die Anhängerschaft Öcalans längst von der Idee der Nationalstaaten verabschiedet. Sie setzt sich für eine demokratische föderale Ordnung für den ganzen Nahen Osten ein. Die heutigen Grenzen wurden im Sykes-Picot Abkommen von den Westmächten willkürlich und ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen festgelegt.

In Deutschland ist die Auseinandersetzung mit den Ideen Öcalans weiterhin erschwert durch die Einstufung der PKK als terroristische Organisation und die damit verbundene Kriminalisierung der politisch aktiven Kurd*innen. Außerdem gibt es eine weit verbreitete und tief verwurzelte Abneigung gegen alles, was nach Kommunismus und real existierendem Sozialismus riecht.

Wir hoffen, dass wir mit unseren Reisen und Berichten dazu beitragen können, dass die Vorurteile gegen das kurdische Gesellschaftsmodell überwunden werden und sich in Deutschland mehr Menschen damit auseinandersetzen. Einige der Ideen könnten auch unserer Gesellschaft guttun.

Dr. Gisela Penteker

Stationen der Reise 2025



DEM-PARTEI VAN



VAN EKOLOJİ DERNEĞİ



KASED DIYARBAKIR



STADTVERWALTUNG DIYARBAKIR



ECOTOV



TIHV ANKARA

Van

16. März 2025

Van Ekoloji Derneği
Van Mülteci Derneği
Kurdischer Kulturverein zur Förderung der kurdischen
Kultur und Sprache in Van

17. März 2025

TIHV Van
B. Eşbaşkan Ziyaretleri

18. März 2025

STAR Kadın Derneği
Van Barosu

Batman

19. März 2025

B. Eşbaşkan Ziyaretleri

Diyarbakır

22. März 2025

Amed Bel. Eşbaşkan ziyaretleri
Sara + Bakad + Keskesor LGBTI+ ziyareti

23. März 2025

Ekoloji Derneği
Mezopota Kadın gazeteciler Derneği

24. März 2025

Jineoloji
Kased + Rosa
Tuayder/Tuhadfed

25. März 2025

Tja
ÖHD
Kurum Temsilcilerinin davet edildiği politik tartışma paneli
Veda yemeği

Ankara

22. März 2025

Deutsche Botschaft
TIHV – Türkische Menschenrechtsstiftung



FACHTAG IN DIYARBAKIR

Fachaustausch mit Kolleg*innen aus Kurdistan

Während der Delegationsreise veranstalteten wir zusammen mit Vertreter*innen unserer Partner-Organisationen TIHV und Der-Mez in Amed/Diyarbakir einen Fachtag zur psychosozialen Versorgung. Der Fachtag richtete sich an Psycholog*innen, Mediziner*innen und Sozialarbeitende, welche für die Stadtverwaltung tätig sind. Seitdem die DEM-Partei wieder in der regionalen Regierung ist, stellt sie vermehrt Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen im Bereich der sozialen Dienstleistungen ein. Einerseits gib es unter den neu eingestellten Mitarbeiter*innen Menschen mit Berufsverboten über die vergangenen beiden Legislaturperioden Zwangsverwaltung. Dadurch konnten sie sich über lange Zeit nicht offiziell in ihrer Profession weiterqualifizieren. Andererseits werden auch junge Menschen eingestellt und befinden sich am Anfang ihrer Qualifizierung.

Es nahmen bis zu 40 Personen an dem Fachtag teil, wobei das Interesse darüber hinaus reichte. Die IPPNW stellte Zertifikate für die Teilnahme an dem Fachtag aus. Im Vergleich zu den Vorjahren konnten wir dieses Mal den Fachtag in einem großen und modernen Kongresszentrum in der Innenstadt abhalten. Der Fachtag im vergangenen Jahr fand im gemütlichen Der-Mez Zentrum statt. Auch wenn beide Veranstaltungsorte ihre Qualitäten haben, so wirkte das Kongresszentrum wesentlich repräsentativer. Es vermittelte den Eindruck, dass wir unseren Fachaustausch nicht nur in einem kleinen selbstorganisierten Kreis durchführen. Dieses Mal hatte es einen offiziellen Charakter, sogar die Stadtverwaltung machte auf unseren Fachaustausch aufmerksam.

Inhaltlich gestaltete sich der Fachaustausch ausgehend von den beruflichen Hintergründen der diesjährigen Delegationsteilnehmenden. Nach einer Willkommensrede unserer Freunde*innen, gab es eine Einführung in die Geschichte und Haltung der Behandlungszentren der Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF). Diese stellte die Rahmung für die anschließenden der Workshops dar. Im ersten Workshop ging es um eine Methode zur Bearbeitung von (komplexen) Traumafolgen, die Imagery Rescripting & Reprocessing Therapy (IRRT). Diese Methode

wurde ursprünglich für Menschen entwickelt, die sexuellen Missbrauch erlebt haben, arbeitet vor allem mit imaginativen Elementen und wird heute in abgewandelter Form zur Bearbeitung von verschiedenen psychischen Beschwerdebildern eingesetzt. Die IRRT ist eine hilfreiche Methode, um ein Gegengefühl zur Ohnmacht zu verankern für Menschen, die verschiedene Formen von Gewalt erlebt haben. Zudem gab es einen Workshop zur NADA-Akupunktur. Hierbei handelt es sich um eine Methode aus der Chinesischen Medizin, welche um 1975 erstmals in den USA im Rahmen des Drogenentzugs eingesetzt wurde. Heute findet diese Form der Akupunktur weltweit in über 1000 Suchthilfeeinrichtungen Anwendung.

Im dritten Workshop ging es darum, wie wir über Traumata gut und menschenrechtsorientiert ins Gespräch kommen können. Neben einem fachlichen Input lebte der Workshop von einer lebendigen anschließenden Diskussion. Im Anschluss an die Workshops fand ein Panel mit Diskussion statt. Hierbei ging es einerseits um den Umgang mit häuslicher Gewalt, sowie der Vorstellung eines institutionellen Handlungskonzepts gegen (extrem) rechte Einflussnahme und Gewalt.

Von vielen Teilnehmenden kam die Rückmeldung, dass der Fachtag als thematisch gut abgestimmt und sehr bereichernd erlebt wurde. Ebenso wurde von einigen der Wunsch nach weiterer Kooperation und fachlichem Austausch geäußert.

Susanne Dyhr und Christin Meuth

Zwangsverwaltung: Mittel der Repression gegen basisdemokratische Organisation

Seit den Kommunalwahlen 2024 wurden erneut in den meisten kurdischen Provinzen Zwangsverwaltungen eingesetzt. Dies führte zu großen Protesten in der Bevölkerung. Sie forderten die demokratische Vertretung durch ihre gewählten Ko-Bürgermeister*innen ein.

Demokratische kurdische Vereine, Verbände und Parteien haben in der Regel ein System des Ko-Vorsitzes. Das heißt, dass die Vorstände jeweils durch eine Frau und einen Mann repräsentiert werden. Somit tritt auch bei der Bürgermeisterwahl ein Duo von Ko-Kandidat*innen an. Da das türkische Wahlsystem nur eine Person für das Amt vorsieht, kandidiert in der Regel eine der beiden Personen offiziell, wobei der*die* Ko-Kandidat*in selbstverständlich im Wahlkampf alle repräsentativen Funktionen mit wahrnimmt.

Seit 2016 setzt die türkische Regierung in den kurdisch verwalteten Kommunen Zwangsverwalter ein. Dies ist eines der durch den türkischen Staat angewandten repressiven Mittel in Folge des 2015 aufgekündigten Friedensprozesses mit der kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Zwangsverwalter sind Beamte, die von der Zentralregierung ernannt werden, um die Verwaltung einer Stadt oder Gemeinde zu übernehmen, wenn die gewählten Bürgermeister*innen abgesetzt werden. Diese Praxis wird häufig in den kurdischen Gebieten der Türkei angewendet, insbesondere in den Städten, die von der DEM-Partei (Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker – ehemals HDP) oder verwandten kurdischen Parteien regiert werden. Oftmals geht die Absetzung der gewählten Vertreter*innen mit strafrechtlichen Vorwürfen gegen sie einher. Meistens handelt es sich hierbei um eine konstruierte Mitgliedschaft in einer Terrororganisation. Zwangsverwalter werden nicht nur in Kommunen eingesetzt, auch in dem Zentralrat der Türkischen Ärztekammer, sowie in Bildungseinrichtungen wie Universitäten wurden Zwangsverwaltungen installiert. Derzeit läuft ein Verfahren gegen den am 21. März 2025 abgesetzten Vorstand der Istanbul Anwaltskammer, nach-

dem diese eine unabhängige Untersuchung des Mordes an den Journalist*innen Nazım Daştan und Cihan Bilgin in Rojava (Nordsyrien) gefordert hatte.

Ein per Dekret ernannter Zwangsverwalter übernimmt hierbei die volle Kontrolle über die Verwaltung der Stadt oder Gemeinde, einschließlich der Finanzen, der Verwaltung öffentlicher Ressourcen, der Bauprojekte und anderer öffentlicher Dienstleistungen. Sie können lokale Entscheidungen und Projekte umsetzen, ohne dass die lokale Bevölkerung oder die gewählten Vertreter*innen ein Mitspracherecht haben. In der Türkei werden Zwangsverwalter „Treuhänder“ (türkisch „Kayyum“) genannt. Das Wort bezeichnet eine Person oder Institution, die in einer vertrauensvollen Position handelt, um das Vermögen oder die Rechte einer anderen Person zu verwalten. Auch die Deutsche Botschaft verwendete diese Bezeichnung während unseres Besuchs. In der Praxis zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Zwangsverwalter stehen in der Regel der Regierungspartei AKP (oder der Nationalistischen Bewegungspartei MHP) nahe. Somit wird die Praxis der Zwangsverwaltung Bestandteil einer politischen Strategie, um die zentralisierte Kontrolle über kurdische Gebiete zu stärken und die lokale kurdische Autonomie zu unterdrücken. Deshalb kam es im letzten Jahr nach der Einsetzung von Zwangsverwaltern zu massiven Protesten in der Bevölkerung.

Im Widerstand gegen die Zwangsverwaltung

Während unserer Delegationsreise haben wir die Ko-Bürgermeisterinnen Neslihan Şedal aus Van (kurdisch: Wan) und Gülistan Sönük aus Batman (kurdisch: Êlih), sowie die Ko-Bürgermeister*innen Serra Bucak und Doğan Hatun aus Diyarbakır (kurdisch: Amed) getroffen. Sie haben uns von ihrem Wiederaufbau und dem Widerstand gegen die neu eingesetzten Zwangsverwalter erzählt.

In Van sollten die gewählten Ko-Bürgermeister*innen im März 2024 zunächst gar nicht ihr Amt antreten dürfen. Nach der Wahl sprach das türkische Justizministerium dem Kandidaten Abdullah Zeydan entgegen einer früheren Entscheidung das Recht ab, gewählt zu werden. Der frühere Parlamentsabgeordnete saß zuvor mehr als fünf Jahre aufgrund von Terrorvorwürfen im Gefängnis. Er kam Anfang 2022 frei. Bei seiner Bewerbung um eine Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt erhob der Wahlausschuss zunächst keinerlei Einwände. Trotz eines Stimmenanteils von 55,5 Prozent sollte jedoch schließlich der AKP-Kandidat Abdulahat Arvas, der nur 27,1 Prozent der Stimmenanteile erlangte, zum Oberbürgermeister ernannt werden. Dies führte zu massiven Protesten in der Bevölkerung und schließlich am 3. April 2024 zur Einsetzung der gewählten Ko-Bürgermeister*innen Neslihan Şedal und Abdullah Zeydan.

Wie frei sind die Wahlen in der Türkei?

Obwohl Wahlen in der Türkei weiterhin abgehalten werden, gibt es massive Einschränkungen der Wahlfreiheit und -fairness. Das politische Umfeld ist stark von staatlicher Kontrolle, Einschränkungen der Meinungsfreiheit und ungleichen Wahlbedingungen geprägt. Oppositionelle und kritische Stimmen erleben Einschüchterungen, und es gibt Fälle von Wahlmanipulationen und Fälschungen. Die Unterdrückung der Opposition, Medienzensur und politische Repressionen sind zentrale Faktoren, die die Freiheit der Wahlen beeinträchtigen.



Letztlich wurde Abdullah Zeydan am 11. Februar 2025 wegen angeblicher Unterstützung der PKK zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt und von der Regierung seines Amtes enthoben. Dies führte erneut zu Protesten, wobei es bis zu einhundert Festnahmen kam. Zu dem Zeitpunkt, als wir in Van zu Besuch waren, gab es noch nicht viel Kontakt zwischen dem neuen Zwangsverwalter und der Zivilgesellschaft. Menschen, die aufgrund von Berufsverboten viele Jahre nicht arbeiten durften, unter der DEM-Regierung wiederingestellt wurden, fürchten nun wieder um ihren Arbeitsplatz. Auch wurde uns von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung berichtet, dass es ihnen verboten war, an den Newroz-Feierlichkeiten teilzunehmen.

Die Wahl von Gülistan Sönük zur Ko-Bürgermeisterin von Batman mit 64,52 Prozent löste viel Freude aus. Batman ist eine Region mit Erdölvorkommen. Da die Hizbollah hier seit den 1990er Jahren orga-



BESUCH BEI DER STADTVERWALTUNG IN DIYARBAKIR

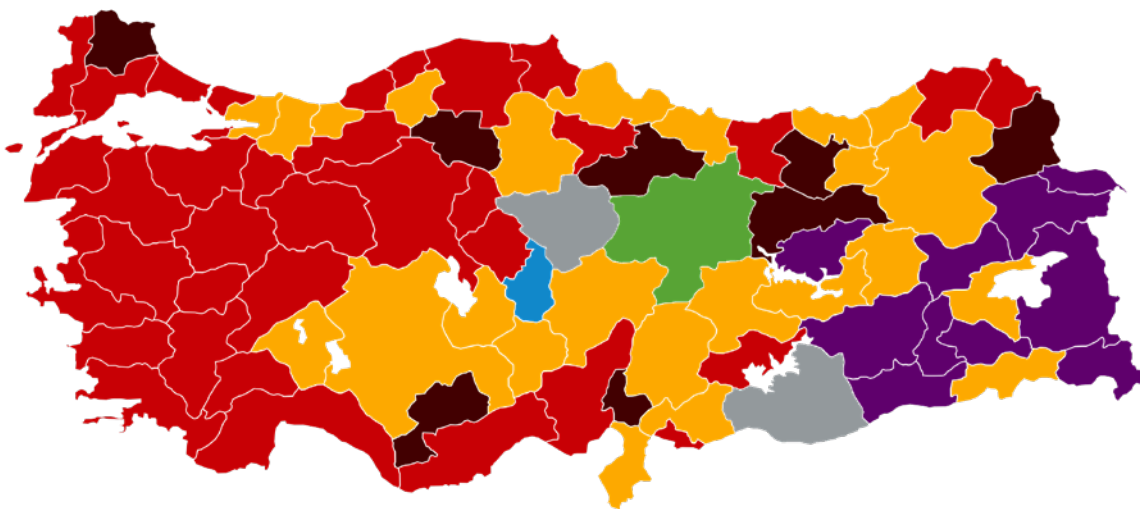
Basisdemokratische Organisierung mit und ohne Zwangsverwaltung

Die Organisation in der kurdischen Gesellschaft in Bakur (Nordkurdistan) und Rojava (Westkurdistan) erfolgt unter dem Paradigma des demokratischen Konföderalismus – ein Gesellschaftsmodell, das von Abdullah Öcalan, dem Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), entwickelt wurde. Dieses Paradigma setzt sich aus den drei Säulen einer demokratischen Gesellschaft, der Freiheit der Frauen und Förderung des Lebens (Ökologie) zusammen. Vor dem Hintergrund dieses gemeinsamen Paradigmas organisiert sich die kurdische Zivilgesellschaft in den Kommunen auch unter der Zwangsverwaltung in Form von Räten. Das Rätensystem ist ein Konzept der kommunalen Selbstverwaltung und basiert auf einer dezentralen Organisation, die den Bewohner*innen der Gemeinden eine direkte Mitsprache und Entscheidungsgewalt über lokale Angelegenheiten ermöglicht. Die aufgestellten Ko-Bürgermeister*innen werden oftmals von den lokalen Räten gewählt und vertreten ihre Gemeinden. Das Rätensystem ist eine Form der Selbstverwaltung, die den Menschen in den kurdischen Gebieten mehr Kontrolle über ihre politischen und sozialen Belange gibt, unabhängig von der Zentralregierung. Hierdurch bleibt die kurdische Zivilgesellschaft auch unter der Zwangsverwaltung handlungsfähig, jedoch ist ihr Einfluss so deutlich geschwächt.

niert ist und es von Seiten der AKP und Hüdär-Dava-Partei (dem politischen Arm der Hizbullah) immer wieder Einschüchterungsversuche gegen die Bevölkerung gibt, war so ein hoher Zuspruch für die Kandidat*innen der DEM-Partei nicht selbstverständlich. Stolz wird Gülistan Sönük in der Bevölkerung deshalb auch „Batwomen“ genannt. Ihre Absetzung unter dem Vorwand der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation führte ebenfalls zu massiven Straßenprotesten. Gülistan Sönük wurde in Folge ihrer Absetzung nicht verhaftet, wodurch wir das Glück hatten, diese bewundernswerte und bedachte, kluge Frau auf unserer Reise zu treffen.

Zu Serra Bucak, der gewählten Ko-Bürgermeisterin von Diyarbakir haben wir eine enge Beziehung, da sie uns über mehrere Jahre auf unseren Delegationsreisen in Kurdistan und Deutschland begleitet hat. Während in Van und Batman bereits Zwangsverwaltungen installiert wurden, können Serra Bucak und ihr Ko-Bürgermeister Doğan Hatun in Diyarbakir weiter wichtige Aufbauarbeit nach acht Jahren Zwangsverwaltung leisten. Armut, Arbeitslosigkeit und Drogenabhängigkeit sind große Herausforderungen vor denen sie stehen. Bewundernswert war zu sehen, wie sie mit wenig Mitteln versuchen, den Menschen wieder Hoffnung zu geben.

In der Altstadt Sur sind die Folgen des Städtekriegs von 2016 weiterhin deutlich spürbar. Damals wurden über 70 Prozent der Gebäude in Sur beschädigt oder zerstört. Die Frauenarmut in Sur liegt laut der Stadtverwaltung bei 100 Prozent. Im Stadtteil Bağlar, in dem es ebenfalls eine hohe Arbeitslosenquote gibt, wurden in Folge der Erdbeben von 2023 bis zu 30.000 Wohnungen zerstört. Ein Problem sei,



GEWINNER-
PARTEIEN DER
TÜRKISCHEN
KOMMUNALWAHL
2024 NACH
PROVINZEN

CHP: 35

AKP: 24

DEM: 10

MHP: 8

YRP: 2

IYI: 1

BBP: 1

dass die Zwangsverwaltung nicht in Arbeitsplätze investiert habe, wodurch die Menschen wenig Möglichkeiten hatten, sich nach dem erlebten Leid durch Repression, Krieg und Erdbeben ein würdevolles Leben wiederaufzubauen. Die neue Stadtverwaltung legt deshalb ihren Fokus insbesondere auf die Förderung von Kultur, Teilhabe und sozialen Projekten. Nachdem viele soziale Dienste durch die Zwangsverwaltung abgeschafft wurden, können Fachkräfte mit Berufsverboten nun wieder rehabilitiert werden. Die Förderung der kurdischen Sprache und multikulturellem Lernen, der Schutz von Frauen und Sozialarbeit gegen Drogenkonsum sind Projekte, die im Fokus stehen.

Unser Besuch fand während des Ramadans statt. Um möglichst allen das Fastenbrechen (Iftar) zu ermöglichen, baute die Stadtverwaltung ein Zelt auf einem zentralen Platz auf, wo Einwohner*innen kostenlos am Iftar teilnehmen konnten. Auch wenn die Ressourcen der Stadtverwaltung beschränkt sind, war es doch deutlich spürbar, dass hier Politik von Menschen gemacht wird, die einen Blick für die soziokulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung haben. Natürlich wurde auch über Infrastrukturprojekte und Wirtschaft gesprochen. Aber über allem stand das Ziel, den Menschen wieder Hoffnung zu geben und somit ihren politischen Widerstandsgeist für die Zukunft zu stärken.

Im Jahr 2024 eingesetzte Zwangsverwaltungen

Juni 2024

Gemeinde Colêmerg/türk. Hakkâri: Der Ko-Bürgermeister Mehmet Siddik Akış (DEM-Partei) wurde wegen der „Leitung einer terroristischen Organisation“ zu 19 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Statt seiner wurde der Gouverneur von Hakkâri (Colêmerg), Ali Çelik, als Zwangsverwalter eingesetzt.

30. Oktober 2024

Gemeinde Esenyurt (Istanbul): Der kurdische CHP-Bürgermeister Ahmet Özer wurde im Rahmen von Ermittlungen wegen mutmaßlicher Verbindungen zur PKK festgenommen und abgesetzt. Esenyurt ist ein großer Bezirk, in dem viele Kurd*innen leben. Am 18. November 2024 wurde zudem die Doppelspitze der DEM-Partei des Kreisverbands von Esenyurt, Rojda Yılmaz und Abdullah Arinan, festgenommen. Can Aksoy, der stellvertretende Gouverneur von Istanbul, wurde als Zwangsverwalter eingesetzt.

4. November 2024

Metropolgemeinde Mardin (Mêrdîn): Ko-Bürgermeister Ahmet Türk (DEM) wurde aufgrund eines Urteils im Zusammenhang mit den Kobani-Protesten abgesetzt. Statt seiner wurde der Gouverneur von Mardin, Tuncay Akkoyun, als Zwangsverwalter ernannt. Ahmet Türk und Devrim Demir wurden mit 57,4 Prozent der Stimmen gewählt. Ahmet Türk ist ein sehr wichtiger kurdischer Politiker und langjähriger Abgeordneter. Er wurde bereits zum dritten Mal in Folge zum Oberbürgermeister von Mêrdîn gewählt und jedes Mal des Amtes enthoben.

Gemeinde Batman (Êlih): Ko-Bürgermeisterin Gülistan Sönük (DEM) wurde nach einer Verurteilung wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ abgesetzt. Der Gouverneur Ekrem Canalp wurde nun als Zwangsverwalter eingesetzt.

Gemeinde Halfeti (Xelfeti) – Şanlıurfa (Riha): Ko-Bürgermeister Mehmet Karayılan (DEM) wurde nach einem ähnlichen Urteil, vermeintliche Verbindungen zu einer „Terrororganisation“, abgesetzt. Der Landrat Hakan Başoğlu wurde als Zwangsverwalter eingesetzt.

22. November 2024

Gemeinde Tunceli (Dersim): Ko-Bürgermeister Cevdet Konak (DEM) wurde wegen Verbindungen zur PKK abgesetzt. Cevdet Konak wurde mit über vierzig Prozent der Stimmen zum Bürgermeister von Dersim gewählt. Der Gouverneur Bülent Tekbıykoğlu übernahm die Verwaltung.

Gemeinde Ovacık (Pulur) (Tunceli/ Dersim): Bürgermeister Mustafa Sarıgül (CHP) wurde abgesetzt. Er war früher HDP-Mitglied, wechselte jedoch später zur CHP. Landrat Hüseyin Şamil Sözen wurde als Zwangsverwalter eingesetzt.

29. November 2024:

Gemeinde Bahçesaray (Miks) (Van/Wan): Ko-Bürgermeister Ayvaz Hazır (DEM) wurde nach einer Verurteilung wegen Propaganda für eine terroristische Organisation abgesetzt. Landrat Harun Arslanargun übernahm das Amt.

Susanne Dyhr



Besuch und Gegenbesuch

Aus Besuch und Gegenbesuch entsteht ein Netzwerk von Interessierten. Das zeigt sich auf der Reise in den vielen Kontakten, die auch zwischen den Besuchen stattfinden. Wir werden an allen Orten von lokalen Unterstützer*innen begleitet, Freundschaften entstehen. Besondere Höhepunkte sind die Einladung in das Rathaus von Diyarbakir (Amed) mit einem dreistündigen Austausch, sowie das spontane Erscheinen der Oberbürgermeisterin Serra Bucak bei unserem Abschiedessen in Diyarbakir.

Seitdem wir öfter betonen, als Mitglieder einer Friedensorganisation zur Opposition in unserem Land zu gehören und die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Ankara kritisch zu sehen, verdichten sich Schnittmengen. Kritische Fragen an uns, was denn unsere jährlichen Reisen in Deutschland bewirkten, enthalten keinen Vorwurf mehr. Über Berichte und Dokumentation hinaus entsteht zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Psychotherapeutische, medizinische oder pädagogische Arbeit im gesellschaftlichen Kontext zu sehen, erweitert die Ursachenanalyse und therapeutische Möglichkeiten. Hier haben wir nicht nur über den Umgang mit Traumata und Widerstand Wertvolles lernen können. Neue Felder wie Ökologie, Klimagerechtigkeit oder Konzepte von Friedensprozessen können fruchtbare Zusammenarbeit ausweiten.

Die Gegenbesuche sind ein Versuch, auf mehr Augenhöhe zu kommen. Visa-Willkür, Wirtschafts- und Währungsdifferenz, Ausländergesetzgebung in Deutschland und Einreiseverbote sind der Boden der Tatsachen. Es bleibt abzuwarten, ob das Angebot aus der deutschen Botschaft, bei zukünftigen Visaanträgen hilfreich zu sein, Früchte trägt. Politiker*innen und Aktivist*innen, berichteten von Warteschleifen, Perspektivlosigkeit, von der Schonungslosigkeit deutschen Asyls und Exils. Neben dem allgemeinen war auch anti-kurdischer Rassismus ein greifbares Thema. Türkische Nationalisten und Graue Wölfe praktizieren in Deutschland türkische Regierungspolitik. Die Kriminalisierung kurdischer Aktivist*innen über die Terrorgesetzgebung des Paragraphen § 129 a/b bedient sich eines antidemokratischen Mittels, das an das Vorgehen der türkischen Justiz erinnert. Dieses Vorgehen könnte außerdem in der Zukunft auch leicht auf Linke, Klimakleber*innen u.a. ausgeweitet werden.

Sowohl im Herbst 2024 als auch jetzt fiel uns auf, dass viel öfter Kurdisch gesprochen wird. Unter jungen Aktivist*innen festigt sich die Zweisprachigkeit: Bei allen Besuchen klären unsere Dolmetscher*innen zunächst, ob unsere Gegenüber Türkisch oder Kurdisch sprechen wollen. Dass das Kurdische im offiziellen Raum Einzug hält, ist eine Befreiung an sich. Es scheint wie ein nachreifendes Geschenk des zu früh verstorbenen Kurdologen und Sprachwissenschaftlers Prof. Kadri Yildirim. An der Universität in Mardin-Artuklu arbeitete er mit Hochdruck an Curricula der kurdischen Sprache für alle Schuljahrgänge. Er stellte erfolgreich ein internationales Forschungsteam zusammen und bot Online-Sprachkurse an. Wir hatten ihn in den Jahren des Friedensprozesses in Mardin besucht. Wenn auch Ankara den öffentlichen Einsatz seiner gut ausgebildeten Lehrer*innen trickreich zu verhindern wusste – die engagierten Aktivist*innen spiegeln ein Revival und eine Professionalisierung kurdischer Sprache.

Sehr häufig stoßen wir jetzt in den verschiedenen Gruppen, die wir besuchen, auf die gefestigte Grundlagen eines multiethnischen, säkularen Gesellschaftsmodells. Ob Frauengruppe, Berufskammer, Menschenrechtsstiftung oder Selbsthilfegruppe: Inhalte und Vision einer demokratischen, ökologischen und frauenbefreiten Gesellschaft, das „Paradigma“ (siehe S. 7), scheinen den jeweiligen Aktivistinnen sinnstiftende Inspiration und Ermutigung. Statt der früher häufigeren Schilderungen eines jahrzehntelangen, entbehrungsreichen Kampfes gegen Unterdrückung und Besatzung, kommt hier die positive Vision eines Wandel zum Ausdruck. Die klassisch kurdische Männertracht, die Kinder und Jugendliche, männliche wie weibliche, bei den Newroz-Feiern selbstbewusst tragen, erinnert nicht ohne Absicht auch an die Guerilla in den Bergen. Aber selbst unter den Bedingungen weiteren Demokratieabbaus und anti-kurdischer Repression lebt der Ausbau zivilgesellschaftlicher Demokratiestrukturen weiter. Auf unserer Reise begegnen uns überall die Einsicht der Notwendigkeit und die Sehnsucht nach einem umfassenden Friedensprozess. Der Aufruf Abdullah Öcalans vom 27. Januar 2025 findet breite gesellschaftliche Akzeptanz und Bereitschaft. Denn nur unter Friedensbedingungen könne eine demokratische, ökologische und frauengerechte Gesellschaft weiter ausgebaut werden, sagen viele. *Dr. Elke Schrage*

Innenpolitische Aufrüstung: Das „Jahr der Familie“

Mit der Ankündigung des Jahres 2025 als „Jahr der Familie“ will die türkische Regierung traditionell-islamische Werte in der Familienpolitik hervorheben. Das wird nicht nur von den Frauengruppen kritisiert. Die Regierung ziele darauf ab, Frauen an den Herd zurückzudrängen. Unsere Gesprächspartner*innen kritisieren, die Instrumentalisierung von Religion und reaktionärem Menschenbild komme einer inneren Aufrüstung gleich – und sei ein zynisches Ablenkungsmanöver angesichts massiver Probleme wie Inflation und Verarmung. Die Rückwärtsentwicklung und Konformisierung geschehe „nicht mit einem Knall, sondern Schritt für Schritt“, betonen die Frauen bei Rosa e.V., der Jineloji-Initiative und bei TJA, dem Dachverband feministischer Frauengruppen. Das „Jahr der Familie“ sei ein Angriff auf die Frauenfreiheit. Antidemokratische Entwicklungen seien immer auch antifeministisch. Wo gezielt ein antifeministischer Hebel angesetzt wird, werde die DNA einer Gesellschaft verändert. Denn zivilgesellschaftliche Bewegungen sind belegbar erfolgreich und nachhaltig, wenn sie von breiter Frauenteilhabe geprägt sind. Immerhin gebe es in den Fragen des antifeministischen Backlashes einen Schulterschluss mit den feministischen Frauengruppen im Westen der Türkei.

Das „Jahr der Familie“ wird von rückschrittlichen Dekreten aus Ankara begleitet. So richte sich die Unterhaltsleistung im Scheidungsfall jetzt nach der Länge der Ehe. Das bedeute angesichts von Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit schwere Erpressbarkeit.

Unsere Partner*innen berichten, bei sexualisierter Gewalt gegen Frauen komme es fast nie zu einer Verurteilung der männlichen Täter. Ist das Opfer Kurdin, habe es noch nie eine Verurteilung eines Täters gegeben – vor allem, wenn es sich um Beamte oder Staatsbedienstete handele. Ein Beispiel dafür sei der Fall der 18-jährigen Studentin Ipek Er: Sie starb 2020 an den Folgen eines Suizidversuchs. Ein türkischer Offizier hatte sie in der Provinz Batman für 20 Tage entführt und vergewaltigt. Das Gericht hat ihn nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, sondern nach kurzer Untersuchungshaft freigelassen und unter „richterliche Aufsicht“ gestellt.

Hingegen nähmen die unter Suiziden gelisteten „Todesfälle zweifelhafter Ursache“ zu. Der sprunghafte Anstieg im Raum Diyarbakir und

Van 2024 sei der rückwirkenden Meldung von Gewalttaten und fraglichen Suiziden geschuldet, als wieder demokratisch gewählte Bürgermeister*innen in die Rathäuser einzogen. Während der kommunalen Zwangsverwaltungen seien die Zahl nur aufgrund der Einschüchterung der Bürger*innen zurückgegangen.

Bei sexualisierter Gewalt an Frauen sei es üblich, das Alter der männlichen Täter über Knochendichte-Bestimmungen herunterzurechnen. Gehe es dagegen um politische Delikte, werde das Alter von Jugendlichen mit der gleichen Methode heraufgerechnet oder das Verfahren bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres herausgezögert. Die jetzt erfolgte nachträgliche Anerkennung von religiösen Ehen („Imam-Ehen“) verbessere zwar die juristische Situation der oft schon als Kinder verheirateten Frauen. Ein nachträgliches Erbrecht der bis jetzt geborenen und damit unehelichen Kinder ist aber nicht eingeschlossen. Außerdem stärkt diese Anerkennung die Position religiösen Fundamentalismus, wenn die Praxis der Kinderehen und der Mangel an Frauenrechten keine Aufarbeitung erfahren. Als wir am Abend des 27. März 2025 in Ankara ankommen, prangt ein weithin sichtbares Banner zur Ehre der Familie und ihrer Bedeutung für den Staat als Lichtinstallation an den hohen Minaretten der größten Moschee. Es erinnerte mich an die Aussage von Herrn Erdogan, die „Minarette sind unsere Bajonette“, für die er vor seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul rechtskräftig verurteilt wurde.

Besonders alarmiert sind die Aktiven der LGBTQ+-Gruppe Bakat „Kulturforschung für den Frieden“. Bakat ist neben Keskesora, dem Sara Kollektiv und Hebung eine der vier LGBTQ+-Gruppen in Diyarbakir. Sie sehen in den Vorgaben des „Jahres der Familie“ die Unterdrückung und Verfolgung aller abweichenden Geschlechtsidentitäten. In Beziehungs- und Ehefragen bestehe eine Normierung auf ausschließlich heterosexuelle Lebensformen. Seit 2023 seien schon 23 queere Personen aus Diyarbakir ins Exil in die EU gegangen. Das türkische Familienschutzrecht nach §648 beziehe LGBTQ+-Personen nicht ein. Der Austritt Ankaras aus der Istanbul-Konvention sei auch deshalb erfolgt, weil diese ausdrücklich Schutzpassagen für LGBTQ+ Personen beinhalte. Hassverbrechen würden nicht ohne Grund zunehmen, beklagen die Anwesenden bei Bakat. Erst im Dezember sei in Diyarbakir wieder eine Transfrau ermordet worden.

Besuch von drei LGBTIQ+-Vereinen in Diyarbakır

Während der bisherigen Delegationsreisen nach Bakur (Norden Kurdistans/ kurdische Gebiete im Südosten der Türkei) hatte es noch keinen Austausch oder Kontakt mit LGBTIQ+-Gruppen gegeben.

Ein erklärtes Anliegen unserer Gruppe war daher ebenso in Kontakt mit queeren Gruppen, Vereinen und Organisationen zu kommen und es war daher sehr wertvoll uns mit den Vertreter*innen von drei der ortsansässigen Gruppen (Sara-Kollektiv, Bakad sowie der LGBTIQ+-Kommission der Anwaltskammer Diyarbakır (Barosu Diyarbakır)) in Diyarbakır treffen zu können.

Bezeichnend für die Situation von LGBTIQ+-Personen und -Gruppen in der Türkei, insbesondere in den kurdischen Gebieten, ist, dass die Namen der Vereine nicht an der Tür erscheinen – man muss wissen, dass es sie gibt und wo sie zu finden sind. Auch darf LGBTIQ+ nicht in der Vereinssatzung genannt werden.

Das Sara-Kollektiv hat sich nach Sakine Cansız („Sara“) benannt, wie ein Mitglied der Gruppe berichtete. Sara war ein Gründungs- und Führungsmitglied der PKK und wurde 2013 in Paris mutmaßlich unter Beteiligung des türkischen Geheimdienst MIT ermordet – gemeinsam mit ihren beiden Genossinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez. Von ihr stammt das Zitat: „Wenn Kurdistan frei ist, werde ich auch in Kurdistan in der Opposition sein“. Für das Kollektiv symbolisiert es die Notwendigkeit, als doppelter Repression ausgesetzter Personenkreis (als Kurd*in und als LGBTIQ+-Person) stets für die eigenen Rechte kämpfen zu müssen.

Ein*e Aktivist*in von Bakad, dem Verein für Kulturforschung für den Frieden, berichtet, dass sich Bakad gegen jede Art von Diskriminierung einsetze. Die Kämpfe gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit müssten zusammen gedacht und geführt werden. Die Organisation strebe positive Veränderungen in kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen an und räume dabei den Bedürfnissen schutzbedürftiger Gruppen Vorrang ein. Frieden bedeute nicht einfach Schweigen von Waffen, sondern sei ein positiver, sozialer Frieden; grundlegende Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und Aus-

grenzung gegen jede Gruppe sollen überwunden werden.

Eine Gesellschaft sei dann frei und gerecht, wenn jede Minderheit in Frieden leben könne. Insofern sei die Situation von LGBTIQ+-Personen in einer Gesellschaft ein Indikator für deren Grad von Freiheit und demokratischer Ausrichtung. Ebenso war eine Person und Mitbegründer*in der LGBTIQ+-Kommission der Anwaltskammer in Diyarbakır anwesend. Die LGBTIQ+-Kommission wurde 2019 gegründet und dokumentiert u.a. Übergriffe gegenüber queeren Personen, welche sehr regelmäßig stattfinden.

Die Aktivist*innen berichten von zunehmender Hetze und Repression gegen queere Menschen in der Türkei. Diese hätten insbesondere während der Corona-Pandemie zugenommen. Auch sei die queere Community als Begründung für den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention im März 2021 instrumentalisiert worden. Die Konvention werde von einer Gruppe von Menschen genutzt, „um Homosexualität zu normalisieren.“ Dies sei ein Verstoß gegen die sozialen und familiären Werte der Türkei, begründete die türkische Regierung damals den Schritt der Türkei, aus der Istanbul-Konvention auszutreten.

Im Rahmen der staatlich und institutionell verankerten Diskriminierung und Stigmatisierung habe die Bedrohung durch Islamisten deutlich zugenommen und es sei systematisch ein feindseliges gesellschaftliches Klima gegen queere Menschen geschürt worden. Zunehmende Übergriffe auch im Alltag sind die Folge. 2019 erfolgten auf dem Newroz-Fest Angriffe gegen queere Personen durch andere Teilnehmer*innen, wobei zwei der von uns besuchten Vereine bereits 2018 von der Polizei nicht auf das Gelände gelassen wurden. 2022 und 2023 erfolgten erneut massive Angriffe durch ultranationalistische Fußballfans auf dem gleichen Gelände trotz vorheriger Bitte um Schutzmaßnahmen durch die Sicherheitskräfte, denen nicht Folge geleistet wurde.

Dieses Jahr sei einer Journalistin mit Mord und Vergewaltigung gedroht worden, nachdem sie ein Foto von der 8. März-Demo mit ei-



nem queer-solidarischen Transparent („Schluss mit Diskriminierung, Gewalt, Belästigung und Mobbing gegen LGBTI+“) veröffentlicht hatte. Vor einigen Jahren habe es noch ein paar sichere Orte in einem Viertel in Diyarbakır gegeben, wo man sich traf, heute seien nur noch private Partys an geheimen Orten möglich, über die man sich kurzfristig per sms informiere. Auch Hassverbrechen gegen queere Menschen hätten zugenommen. Es gebe immer wieder „mysteriöse Todesfälle“, an deren Aufklärung von offizieller Seite kein Interesse bestehe. Erst im Dezember 2024 sei eine Transfrau in Diyarbakır ermordet worden. Allein im Jahr 2023 seien 30 LGBTQ+-Personen aus Diyarbakır ins europäische Ausland geflohen.

Im Zuge der zunehmend autoritären, fundamentalistisch-religiösen Politik der türkischen Regierung steige der Druck auf queere Menschen auch durch neue Gesetzesentwürfe, berichten unsere Gesprächspartner*innen. So solle Verhalten, „das dem angeborenen biologischen Geschlecht und der allgemeinen Moral widerspricht“, mit Haft bestraft werden. Bereits das Tragen eines Rocks oder das Auftragen von Nagellack durch einen Mann könne dann als Straftat angesehen werden.

Ein weiterer Gesetzesentwurf, der beispielsweise einen Unfruchtbarkeitsnachweis als Voraussetzung für eine Transition fordert, soll die Geschlechtsangleichung für Transpersonen nahezu verunmöglichen. Begründet wird dies damit, dass so die „Institution Familie“ geschützt werden solle. Die Regierungspartei AKP hat das Jahr 2025 zum „Jahr der Familie“ erklärt. Nicht-heterosexuelle Orientierung und Geschlechtervielfalt werden daher systematisch kriminalisiert. Ebenso wurde der mangelnde Zugang zu adäquater Gesundheitsversorgung für queere Menschen thematisiert.

Beispielsweise würden HPV-Impfungen ausschließlich für verheiratete Personen von der Krankenkasse übernommen. Auch ein HIV-Test sei nicht anonym durchführbar und somit stigmatisierend. Menschen, die es sich finanziell nicht leisten könnten, den Test privat durchzuführen, verzichteten aus Angst vor daraus resultierenden

Repressionen darauf sich testen zu lassen.

Weiterhin wurde uns von einer inhaftierten Transfrau aus der kurdischen Bewegung berichtet. Da geschlechtsangleichende Behandlungen im Gefängnis verweigert werden, habe sie sich in ihrer Verzweiflung das männliche Genital abgeschnitten und bei schlechter gesundheitlicher Versorgung nur knapp überlebt. Man versuche diese Fälle publik werden und auch in Deutschland/ Europa Aufmerksamkeit sowie solidarische Unterstützung erfahren!

An uns als Delegation aus Deutschland wurden Fragen zur Situation Asylsuchender LGBTIQ+-Personen aus der Türkei gestellt. So wurde auch explizit gefragt, ob es für eine Person aus Russland leichter als für eine Person aus der Türkei sei, einen Flüchtlingsstatus (wegen Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung) in Deutschland zu erlangen. Die enge politische und wirtschaftliche Vernetzung Deutschlands mit der Türkei wurde thematisiert, so wie deren Einfluss darauf wie die Gefahrenlage im jeweiligen Herkunftsland eingeschätzt wird. Dies führe dazu, dass eine Anerkennung für eine LGBTIQ+-Person aus Russland aktuell wahrscheinlicher ist als für eine aus gleichen Gründen geflüchtete Person aus der Türkei wie aus unserer Gruppe berichtet wurde.

Die besuchten Gruppen äußerten explizit das Anliegen, dass wir in Deutschland eine Öffentlichkeit dafür schaffen „dass Erdogan genauso brutal mit LGBTIQ+-Personen umgeht wie Putin“.

Insgesamt hat der Besuch für uns verdeutlicht, wie stark die LGBTIQ+-Community insbesondere in den kurdischen Gebieten der Türkei als doppelt marginalisierte Gruppe von staatlicher Repression betroffen und von realer Gewalt bedroht ist und wie spürbar sich diese zunehmend auch auf das gesellschaftliche Klima auswirkt, wodurch ein freies, würdevolles Leben für die Betroffenen kaum noch möglich ist.

Christin Meuth



Der Konflikt zwischen Kurden und türkischem Staat: Geschichte und neue Entwicklungen in der „Kurdenfrage“

Die Kurdenfrage in der Türkei ist ein komplexes Thema, das von verschiedenen Wendepunkten der Geschichte geprägt wurde. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurden die Gebiete, in denen die Kurden lebten, mit dem Sykes-Picot-Abkommen 1916 unter vier Ländern aufgeteilt. Seitdem hat die kurdische Bevölkerung in Iran, Irak, Syrien und der Türkei mit kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen zu kämpfen.

Die junge Türkei war ein Vielvölkerstaat. Jedoch wurden nicht-muslimische Einwohner wie die Armenier und Griechen gezielt ermordet oder vertrieben. Es entstand dennoch eine Republik und in der ersten Verfassung der Republik Türkei aus dem Jahr 1921 waren Garantien für das kurdische Volk enthalten. Nach der offiziellen Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923 wurden diese allerdings in der zweiten Verfassung aus dem Jahre 1924 wieder zurückgenommen und die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet.

Der Staat verfolgte nun eine institutionelle Assimilationspolitik, indem er vorschrieb, dass jeder, der in der Türkei lebte, ethnisch türkisch sei. Das löste den Scheich-Said-Aufstand von 1925 aus. Dieser war ein wichtiger Wendepunkt in der frühen Periode der Republik. Seit diesem Aufstand wurde die Kurdenfrage von Seiten des Staates als Problem der öffentlichen Ordnung und des Terrorismus behandelt. Zudem wurden Ideologien und Erzählungen entwickelt, um die Unterdrückung zu rechtfertigen. So leugnete der Staat die Existenz der Kurden und vertrat die These, dass sie ungebildete und primitive Türken seien, die in den Bergen lebten. Es wurde behauptet, der Name „Kurde“ sei von dem Klang „kert, kort“ abgeleitet – von den Schrittgeräuschen, die diese „primitiven Stämme“ beim „Wandern in den Bergen“ machen würden.

Die Gründung der PKK

Der Militärputsch in der Türkei vom 12. September 1980 brachte extreme staatliche Unterdrückung auch in die kurdischen Städte im Südosten des Landes. Beispielsweise erließ die Junta ein Gesetz, das alle Sprachen außer dem Türkischen verbot. Die Inhaftierung tausender Kurden und die schweren Folterungen dieser Gefangenen führten zur Gründung der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, um die Kurdinnen und Kurden vor dem türkischen Staat zu schützen. Diese Organisation begann 1984 einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Damit spitzte sich das Problem zu – es entwickelte sich eine Spirale der Gewalt. Die Kurdenfrage wurde von türkischen Medien, Militärs und Politikern endgültig als Terror- und Sicherheitsproblem behandelt. Anfang der 1990er Jahre wurden „aus Sicherheitsgründen“ tausende kurdischer Dörfer von der türkischen Armee niedergebrannt, und tausende von Menschen wurden vom Militär getötet. Ein Großteil der Menschen verlor Haus, Hof und Einkommen und wanderte in türkische Städte wie Istanbul, Ankara und Izmir aus.

Anläufe zum Frieden, Städtekrieg und Zwangsverwaltung

In den 2000er Jahren wurden in der Türkei unter dem Einfluss der Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Europäischen Union verschiedene Initiativen zur kurdischen Frage ergriffen. Dies wurde von der kurdischen Bevölkerung begrüßt. Im Jahr 2013 begann ein Demokratisierungs- und Friedensprozess, der „Lösungsprozess“. Er wurde jedoch in der türkischen Gesellschaft und von vielen türkischen politischen Parteien und Politiker*innen als „verräterischer Prozess“ bezeichnet, der zur Abspaltung Kurdistans führen könnte. Diese Angst wurde geschürt durch die Etablierung von autonomen kurdischen Gebieten in Nordsyrien (Rojava) und die erfolgreichen Kämpfe der



DAS GEFÄNGNIS VON DIYARBAKIR. HIER KAM ES IMMER WIEDER ZU SCHWEREN FOLTERUNGEN KURDISCHER GEFANGENER.

GEDENKEN AN TAHIR ELÇI: DER VORSITZENDE DER RECHTSANWALTSKAMMER VON DIYARBAKIR WURDE 2015 KURZ NACH EINER FRIEDENSREDE ERSCHOSSEN.

Mahmut Bozaraslan / VOA

@DEMGenelMerkezi / x.com – November 2024

kurdischen Milizen gegen den Islamischen Staat in der Anti-IS-Koalition. Die türkische Regierung unter Erdogan verlor Stimmen bei den Wahlen und beendete den „Lösungsprozess“ im Jahr 2015. Die kurdische Frage wurde erneut als Sicherheitsproblem definiert und die Konflikte nahmen zu. In den Innenstädten von Städten wie Cizre, Nusaybin, Sırnak und Diyarbakir-Sur kam es zu Kriegshandlungen. Die historischen Innenstädte wurden nach Ende der Kämpfe dem Erdboden gleichgemacht. Neben vielen türkischen Soldaten und kurdischen Militanten verloren auch Zivilist*innen ihr Leben. Menschen, deren Häuser zerstört wurden, wurden erneut zur Migration gezwungen.

Im Sommer 2016 kam es zu einem Putschversuch und bis 2018 wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Repression in Folge des Putsches richtete sich aber nicht nur gegen die vermeintlichen Drahtzieher, sondern ganz besonders gegen die kurdische Zivilgesellschaft. Seit 2016 wurden in drei Wahlperioden die Personen, die bei den Kommunalwahlen in Städten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung zu Bürgermeister*innen gewählt worden waren, ohne Gerichtsbeschluss aus ihren Ämtern entfernt. An ihrer Stelle wurden von der Regierung in Ankara bestimmte und ernannte Personen eingesetzt.

Zehntausende kurdische Staatsangestellte, Dozent*innen und Studierende, Ärzt*innen, Stadtplaner*innen, Lehrer*innen und Gewerkschaftsmitglieder wurden ohne Gerichtsbeschluss entlassen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den Bereichen Menschenrechte, Frauenrechte, Kinderrechte und LGBTQ-Rechte tätig sind, wurden ebenfalls ohne Gerichtsbeschluss geschlossen. Auch pro-kurdische Parteien werden regelmäßig verboten, so dass immer wieder eine neue große Partei aufgebaut werden muss. Die ehemaligen Co-Vorsitzenden der Partei HDP, die maßgeblich am Lö-

sungsprozess beteiligt war, Figen Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş sitzen bis heute im Gefängnis.

In den letzten Jahren haben die Kurden weiterhin ihre kulturellen und sprachlichen Rechte eingefordert. Obwohl es verschiedene Initiativen gab, insbesondere, was die Bildung in der Muttersprache und die Verwendung der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit betrifft, wurden in diesem Bereich kaum Fortschritte erzielt. Diese Situation schafft auch Hindernisse für grundlegende Rechte wie den Zugang zu Gesundheits- und Bildungsdiensten, weil beispielsweise rein kurdischsprachige Menschen türkischsprachige Ärzt*innen nicht verstehen und auch keine Dolmetscher*innen gestellt werden. Mit den jüngsten Veränderungen in Syrien, dem Aufruf Abdullah Öcalans für Frieden und eine demokratische Gesellschaft, sowie der Selbstaflösung der PKK kommt wieder Bewegung in die kurdische Frage in der Türkei. Derzeit kann aber noch nicht von einem Friedensprozess gesprochen werden, sondern lediglich von Verhandlungen. Trotzdem ist es die aussichtsreichste Initiative für Frieden seit Jahren.

Mustafa Altıntop

Was ist Jineoloji?

Am vierten Tag unseres Besuchs in Diyarbakır (Amed) waren wir mit den Freundinnen von der *Jineoloji*-Akademie verabredet. Im luftigen Hof des in der traditionellen Bauweise aus schwarzen und weißen Basaltsteinen gebauten Hauses tauschten wir uns in gemütlicher Runde über die aktuelle Lage und die Hoffnungen und Befürchtungen der Frauen des Vereins aus und bekamen einen Einblick in die Arbeit des Vereins. Auf das Thema *Jineoloji* waren wir besonders neugierig – steht doch der bereits 2013 von der kurdischen Frauenbewegung entwickelte Slogan „Jin, Jiyan, Azadî“ (kurdisch für „Frauen, Leben, Freiheit“) nicht nur bei der demokratischen Revolution im Iran für den Kampf der Frauen gegen die Unterdrückung durch das Mullahregime. Für Frauen auf der ganzen Welt ist diese Parole seit mehr als zehn Jahren der Ausdruck für ihr Engagement gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frauenrechte, Freiheit und Selbstbestimmung geworden.

Der Begriff *Jineoloji* setzt sich zusammen aus dem kurdischen Wort *Jin* = Frau, und dem griechischen Wort *Logos* = Wissen. Die *Jineoloji* ist eine Wissenschaft der Frauen. Das heißt, sie wird von Frauen für die gesamte Gesellschaft gemacht und beleuchtet verschiedene Aspekte des Lebens.

Jineoloji ist die Antwort der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung auf die Frage, wie ein freies und gleichberechtigtes Leben in einer postpatriarchalen Gesellschaft aussehen kann und stützt sich dabei auf die Erfahrung aus einem halben Jahrhundert aktivem Befreiungskampf der PKK. Denn die PKK habe von Anfang an auch gegen die feudalistischen, patriarchalen Strukturen innerhalb der kurdischen Gesellschaft gekämpft, so unsere Gesprächspartnerinnen. Die Etablierung dieser emanzipativen Gesellschaftswissenschaft soll verhindern, dass die kurdische Gesellschaft nach ihrer Revolution erneut in die alten, patriarchalen Muster und Strukturen verfällt.

Die *Jineoloji* betrachtet Wissenschaften wie die Geschichte oder die Soziologie aus dem Blickwinkel der Frauenbefreiung. Wie können wir uns eine freie Gesellschaft ohne die Unterdrückung der Geschlechter vorstellen? Sie setzt sich dabei mit der Rolle der Frauen und ihrem Widerstand in der Geschichte auseinander und schreibt damit eine

Alternative zu der uns allen bekannten Geschichte der patriarchalen Herrscher. Sie entwickelt das vom kurdischen Denker und Mitbegründer der PKK Abdullah Öcalan entwickelte Konzept einer Soziologie der Freiheit weiter und wendet diese auf die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens an. Der bereits erwähnte Slogan „Jin, Jiyan, Azadî“, der Frauen auf der ganzen Welt inspirierte, ist ebenfalls aus dieser Ideologie entstanden.

Ich möchte das, was wir von den Frauen in der *Jineoloji*-Akademie lernen durften, mit euch teilen, da diese neue Wissenschaft der Frau und des Lebens, auch unsere Kämpfe für Frieden, Demokratie und Menschenrechte bereichern können. Die hier vorgestellten Grundbegriffe bedingen einander und bauen aufeinander auf. Die von der *Jineoloji* entwickelten Konzepte bewähren sich in Rojava bereits seit mehr als zehn Jahren im Alltag.

Definition von Patriarchat

Die *Jineoloji* definiert das Patriarchat als Herrschaftssystem, das allen anderen Formen der Unterdrückung zugrundeliegt. Es ist in jedem Moment menschlicher Interaktion präsent und beeinflusst die individuelle Psyche. Da es jedoch an politische Machtstrukturen gebunden ist geht es weit über das Individuelle hinaus. Das Patriarchat ermächtigt Männer zwar dazu, Gewalt und Unterdrückung auszuüben, doch um sich so zu verhalten müssen auch Männer erst schmerzhaft von ihrer Menschlichkeit entfremdet werden. Darüber hinaus können auch Frauen patriarchale Werte und Verhaltensweisen zeigen, um in diesem System, das die dominante Männlichkeit idealisiert, zurechtzukommen. Das Patriarchat ist also etwas, was die gesamte Gesellschaft gemeinsam konfrontieren muss, wenn wir eine freie Gesellschaft wollen.

Die Veränderung der hierarchischen und binären Sichtweise auf Frauen und Geschlecht im Allgemeinen erfordert auch eine Auseinandersetzung mit den Männern und der Männlichkeit mit der Fragestellung, welche Arten von Männlichkeit möglich sind und wie die vorhandenen Männlichkeiten verändert werden können.



JINEOLOJI-GESPRÄCH IN DIYARBAKIR

Die Säulen der Jineoloji

Freies Denken und freier Wille: aus der Mentalität des dominanten Mannes ging auch eine Hegemonie des Denkens hervor, die das Denken von Frauen strukturell abwertet und unterdrückt. Solange das Denken jedoch nicht frei ist, ist ein freies Leben nicht möglich. Doch auch das freie Denken allein schafft kein freies Leben. Es braucht noch den freien Willen, der die Gedanken in die Tat umsetzt als bewussten Akt, die Entscheidung, die Kraft und den Mut, die Gedanken auszudrücken und zu verwirklichen.

Organisierung: Die Prinzipien der Kollektivität und der Organisation sind grundlegend für die Frauenbewegung. Das patriarchale System hat immer versucht, Frauen gegeneinander auszuspielen, sie voneinander zu trennen, um sie zu schwächen. Dagegen sind gut organisierte Frauen, die ihre Gedanken, ihre Gefühle und Fähigkeiten miteinander teilen, als kollektive Kraft eine lebendige Revolution. Die Organisierung gibt Frauen die Kraft, Verschiedenheiten zu überwinden und gemeinsam zu kämpfen.

Kampf: Zu kämpfen bedeutet, gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung vorzugehen, aber auch, sich selbst und die Gesellschaft zu verändern. Damit umfasst der Kampf für Freiheit alle Bereiche des Lebens und überwindet die Trennung zwischen „privat“ und „öffentlich“. Leben und Kampf, Ziel und Methoden müssen eins sein, damit eine Revolution gelingen kann.

Selbstverteidigung: Jedes Lebewesen hat angeborene Reflexe der Selbstverteidigung. Menschen haben diesen Reflex sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Das patriarchale System hat alles daran gesetzt, vor allem den Frauen, aber auch der Gesellschaft an sich diesen Reflex abzugewöhnen, um Herrschaft etablieren zu können. Die „Theorie der Rose“ besagt, dass Frauen ihre eigenen Mechanismen der Selbstverteidigung, sowohl physisch als auch politisch, sowohl individuell als auch gesellschaftlich, neu entwickeln und trainieren müssen.

Welatparêzî: dieser Begriff wird meistens mit „Heimatliebe“ oder sogar „Patriotismus“ übersetzt und oft falsch interpretiert. Es geht darum, dass die Erde auf der die Menschen leben, von diesen respektiert, geachtet und mit Liebe behandelt werden soll. Das patriarchale, kapitalistische System beruht auf der gnadenlosen Ausbeutung von Mensch und Natur, der Erde und ihrer Ressourcen. Dazu benutzt wird der Mythos von der leblosen Materie, über die die Menschen nach Belieben herrschen und verfügen können. So werden die Menschen und die Erde mental voneinander getrennt. Das Prinzip der Welatparêzî, der Liebe zur Heimat, der Liebe zum Land auf und von dem man lebt, stellt diese Verbindung wieder her und sorgt dafür, dass die Menschen ihre Heimat als ihren Lebensraum wieder mit mehr Respekt und Wertschätzung behandeln und die Zerstörung und Ausbeutung ihrer Lebensräume nicht mehr einfach hinnehmen, sondern Widerstand dagegen leisten.

Xwebûn: Bewusstes Sein. Die Jineoloji unterscheidet zwischen der einfachen Existenz und dem bewussten Sein, dem bewussten Leben. Das patriarchale, kapitalistische System gründet seine Herrschaft auch darauf, dass es Frauen, aber auch anderen Bevölkerungsgruppen die Fähigkeit des bewussten Seins abspricht. Es reduziert menschliches Leben auf ein mechanistisches Weltbild. Die Befreiung der Frauen aus diesem System setzt die Bewusstwerdung der eigenen Bewusstheit voraus. Dies geschieht über Bildung: durch das Bewusstmachen der eigenen Geschichte, der eigenen Stärke und Kraft sowohl als Individuum als auch als Teil einer Gruppe und der Gesellschaft, könne die Frau ihr eigenes Potential erkennen, sich selbst reflektieren und beginnen, ihr Leben bewusst und aktiv zu gestalten.

Ich hoffe, ich konnte euch einen kleinen Einblick in die Wissenschaft der freien Frau und der freien Gesellschaft bieten und eure Neugier wecken. Mehr erfahren könnt Ihr u.a. auf den Seiten des Frauenverbands CENI: <https://ceni-frauen.org>

Medya Kerstin Rosan

Newroz 2025 in Diyarbakır



Reiseeindrücke: Van und Diyarbakır



VAN: BLICK VON DER BURG AUS ÜBER DIE STADT



DIYARBAKIR – SUR



Reiseeindrücke: Hasankeyf



Die tragische Geschichte der antiken Höhlenstadt Hasankeyf (Heskîf)

Im Jahr 2019 wurde die über 10.000 Jahre alte Höhlenstadt Hasankeyf (kurdisch: Heskîf) zu 80 Prozent geflutet. Während unserer diesjährigen Reise haben wir uns die verbliebenen Überreste der Stadt angesehen und von den Folgen der Flutung erfahren.

Die Geschichte von Hasankeyf

Die antike Stadt Hasankeyf war eine der ältesten durchgehend bewohnten Städte der Menschheitsgeschichte. Die Höhlenstadt, welche sich durch das Tal entlang von Berghängen erstreckte, wurde über 12.000 Jahre bewohnt. Es konnte zwei Kilometer östlich der Altstadt eine erste Besiedlung zur Zeit des Präkeramischen Neolithikum A nachgewiesen werden, als sich sesshafte und von Ackerbau lebende Gemeinschaften bildeten. Somit ist Hasankeyf Höyük („Erdhügel“) zur gleichen Zeit wie Göbekli Tepe entstanden, die älteste Tempelanlage der menschlichen Geschichte. Ein erster wirklich greifbarer Nachweis lässt sich ins erste Jahrtausend zurückführen durch den Fund von Kanälen, die Wasser zu Ölmühlen leiteten. Die in die Höhlen gebauten Wohnungen boten den Bewohner*innen auch bei Erdbeben Schutz.

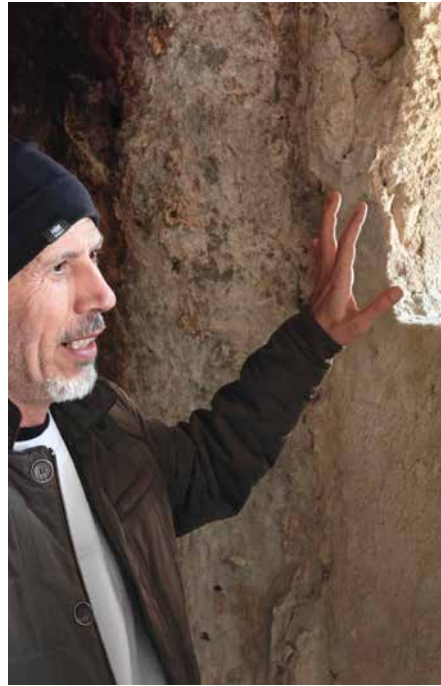
Auch wenn nicht abschließend geklärt werden kann, welche Völker über die Zeit in Hasankeyf lebten, steht fest, dass die Stadt eines der wichtigsten Zentren der Völker Mesopotamiens war. Im 16. Jahrhundert hatte die Stadt 10.000 Einwohner*innen, wovon 60% Christ*innen waren. Noch in den 1960er Jahren war Hasankeyf eine intakte Kleinstadt mit bis zu 7.000 Bewohner*innen. Die Einwohnerzahl nahm jedoch in den vergangenen 30 Jahren rapide ab in Folge des fortschreitenden Südostanatolien-Projekts, welches u.a. der Planungen des Ilisu-Staudamms vorsah. Im Jahr 2008 lebten laut der staatlichen Statistikbehörde noch 3.251 Menschen in Hasankeyf.

Aufgrund ihrer weit zurückreichenden Geschichte bezeichneten Archäologen*innen die Stadt Hasankeyf als „lebendiges Museum“. Bis zu 27 unterschiedliche Volksgruppen lebten zuletzt in 16 Vierteln in

Hasankeyf. Bis zum Schluss handelten die Bewohner*innen untereinander in Form einer Tauschwirtschaft ohne Geld. Für Kurd*innen war Hasankeyf ein bedeutender Ort kultureller Identität. Obwohl Hasankeyf neun von zehn UNESCO-Kriterien zur Anerkennung des Weltkulturerbe-Status erfüllt (die ägyptischen Pyramiden erfüllen lediglich drei von zehn), wurde der Stadt dieser Status nicht zuerkannt. Laut UNESCO hätte die türkische Tourismusbehörde aktiv werden müssen, um einen Schutzstatus zu erhalten. Dies ist jedoch nicht erfolgt.

Das Staudammprojekt

Trotz unzähliger lokaler und internationaler Proteste wurde im Jahr 2019 neben Dutzenden Dörfern und Kleinstädten am Tigris auch die Stadt Hasankeyf geflutet. Im Rahmen des Südostanatolien-Projekts (GAP), das in den 1980er Jahren als wirtschaftliches Entwicklungsprogramm ins Leben gerufen wurde, entstand der Ilisu-Staudamm – das derzeit größte Wasserkraftprojekt der Türkei. Ziel des GAP ist der Bau von insgesamt 22 Staudämmen und 19 Wasserkraftwerken entlang der grenzüberschreitenden Flüsse Euphrat und Tigris. Einerseits solle damit die Energieversorgung gestärkt werden. Andererseits sind in Anbetracht der Kosten des Staudamms die monetären Profite eher gering. Würde es allein um Profite gehen, so die Argumentation von Aktivist*innen, wäre dies mit einem Tourismuskonzept ebenfalls möglich gewesen. Außerdem habe die Türkei viele Ressourcen für Wind- und Solarenergie. Deshalb stellt sich die Frage, welche Vorteile sich durch das Staudammprojekt für den Staat noch ergeben. Einerseits ermöglicht der Bau von Staudämmen eine Kontrolle der Wasserzufuhr der Anrainerstaaten Syrien und Irak, macht diese Staaten für die Interessen der Türkei erpressbar und kann die Wirtschaft der an diesen Flüssen lebenden Kurd*innen direkt schädigen. Zudem verliefen in der aufgestauten Region wichtige Routen für die Bewegung der PKK. Mit der Flutung zerstörte der türkische Staat zudem Beweise für die historische (Ko-)Existenz anderer Völker in der Region.



Urbizid und Historizid – Die Folgen der Flutung

Die Flutung von Hasankeyf zielte auf die Auslöschung kurdischer Geschichte, Identität und Erinnerung. Die antike Stadt war als Ort nicht nur archäologisch, sondern auch emotional tief in der kollektiven Erinnerung der kurdischen, armenischen – multiethnischen Bevölkerung der Region verankert. Die sozialen Beziehungen und die vielschichtige Identität, die diese Orte über Jahrhunderte hinweg geprägt hatten, sind heute nur noch Erinnerungen, die trotz der erinnerungspolitischen Intervention von Aktivist*innen mit der Zeit verblasen werden.

Das neue Hasankeyf besteht aus einer identitätslosen, am Reißbrett gezogenen einstöckigen Neubausiedlung mit breiten, kontrollierbaren Straßen. Bis zu 100.000 Menschen waren von der Vertreibung betroffen. Die neue Siedlung, die das türkische Bauunternehmen TOKI für rund 4.500 Menschen baute, kann weder im Umfang noch in der Qualität die gewachsenen Strukturen der antiken Stadt ersetzen. In vielen Fällen erhielten Menschen, insbesondere jene mit politischem Engagement, kein neues Haus. Dabei hatten viele Menschen ursprünglich Hoffnung auf ein besseres Leben, modernen Wohnraum und sozialen Aufstieg. Doch das, was ihnen versprochen wurde, blieb für viele aus. Die Einwohner*innen lebten einst von dem, was sie anbauten. Sie waren kulturell reich, doch im staatlichen Wirtschaftsgefüge arm. Anstelle einer wirtschaftlichen Verbesserung, fehlen heute die wirtschaftliche Lebensgrundlage und der soziale Zusammenhalt. Die Menschen stehen vor der Herausforderung, sich in einer veränderten Umgebung neu zu orientieren. Durch Gefühle von Entwurzelung gibt es Probleme mit überhöhten Alkoholkonsum und Apathie.

Durch das Engagement von Aktivist*innen und mit internationaler Unterstützung konnten einzelne Denkmäler gesichert werden. Sie stehen heute in einem leblosen Archäologiepark auf anderen Seite

des Tigris. Aktivist*innen zahlten jedoch einen hohen Preis dafür. Viele wurden verhaftet und erhielten mehrjährige Freiheitsstrafen. Dennoch bleiben weiterhin Menschen rund um Hasankeyf aktiv und erzählen die Geschichte der Stadt weiter, so lange sie noch können. So wurde uns erzählt: „Warum ist Geschichte so wichtig? Weil wir durch sie auch die Zukunft besser denken können. Deshalb tilgen autoritäre Regime sie.“

In Hasankeyf trafen wir den Aktivistin Ridvan Ayhan. Er wurde in Hasankeyf geboren und wuchs dort auf. Da er aufgrund seines Aktivismus lange Zeit im Gefängnis saß, war das ein wichtiger Ort seiner Politisierung. Wir fragten ihn, welche Bücher er uns empfehlen würde. Da sagte er, dass ihn die Bücher „Die Mutter“ von Maxim Gorki und „Elementary Principles of Philosophy“ von Georges Politzer sehr geprägt hätten und empfahl sie uns zu lesen.

Susanne Dyhr

Auszüge vergangener Reiseberichte zum Ilisu-Staudamm-Projekt

Die IPPNW-Delegationen begleiten seit langem den Bau des Ilisu-Staudamms am Tigrisfluss. Im Zentrum der Berichte steht die Flutung der Jahrtausende alten Höhlenstadt Hasankeyf. Immer wieder wird in den Berichten auf die gravierenden Folgen des Staudammbaus für Mensch und Natur hingewiesen.

Delegationsreise 2006:

„Wenn die ca. 325 km Fließstrecke des Tigris in Standgewässer umgewandelt werden, müssen die vom Flusssystem abhängigen Tier- und Pflanzenarten aussterben. Wasserverschmutzung durch Abwässer und Pestizide, die bei Monokulturen eingebracht werden, führen zu Bodenversalzung und Erosionen. In den Standgewässern entstehen zudem ideale Brutstätten für Malaria-Mücken.

Wenn der Stausee ein Gebiet von 313 qkm überschwemmen soll, so werden mindestens 52 Dörfer und 15 Kleinstädte in seinen Fluten begraben. Das bedeutet, dass rund 78000 Menschen ihre Wohnorte und ihre intakten Dorfstrukturen und damit ihre soziale und kulturelle Identität verlieren.“ (Eva Klippenstein)

Delegationsreise 2008:

„Entscheidend für den Bau des Staudamms ist die Finanzierung durch europäische Firmen. Die österreichische VA-Tech Hydro führt neben der schwäbischen Baufirma Züblin und der Schweizer Alstrom-Gruppe das Konsortium der Staudambauer. Ihre Bautätigkeit wird durch Kredite der KfW, der Bank der Bundesregierung Deutschland abgesichert. [...]

Bis zur Spitze des Minarets der El-Rizk-Moschee soll der Spiegel des Stausees reichen. Nur das Storchennest guckt dann noch hervor. Es ist ein Alptraum, in dem die Kindheit versinkt und die Gräber der Ahnen.“ (Elisabeth Krösch)

Delegationsreise 2013:

„Die wirtschaftlich erstarbte Türkei versucht das Projekt aus eigener Kraft zu finanzieren und gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchzusetzen. Weiterhin sind der österreichische Anlagenbauer Andritz, die Schweizer Büros Colenco, Maggia und Stucky sowie europäische Rückversicherer unter der Federführung von AXA dabei (vgl. Broschüre Save Hasankeyf Kampagne und Save Hasankeyf Ausstellung). [...] Obwohl zahlreiche Fundamente und Artefakte auf historische Besiedlung verweisen, fehlt es an Informationen über die Geschichte, die auch die jetzigen Bewohner nicht geben können. Da die historische und archäologische Bedeutung von Hasankeyf noch weitgehend unerforscht ist, wird die Zeit kaum ausreichen, um dies auf die Schnelle nachzuholen. Klar ist jedoch, dass die Versprechungen des Betreiberkonsortiums, zwei der Baudenkmäler ab- und am Rande des Stausees wieder aufzubauen, angesichts des riesigen Areals keine akzeptable Lösung sein kann.“ (Mehmet Bayval)

Delegationsreise 2020:

„Das Gelände [von Hasankeyf] steht aber unter Denkmalschutz, die Bewohner dürfen nichts damit anfangen. Bunte Hühner laufen herum, ein paar Lämmer haben sich ein heiliges muslimisches Grab als

Lager ausgesucht. Auf der Hauptstraße gibt es Tee und Wasser. Der stellvertretende Bürgermeister stößt mit einer Abordnung zu uns. Er erzählt uns, dass seit dreißig Jahren in seiner Stadt nichts mehr vorgeht. Früher hatten sie Touristen und noch früher waren sie die Hauptstadt der Region. Er zeigt uns, dass das Wasser bis zur Spitze des Minarets steigen soll. Es werde nichts zur Erhaltung der Denkmäler getan, weil sie eh in den Fluten versinken, und auch nichts für die Bevölkerung. Am wichtigsten ist, dass endlich eine Entscheidung getroffen wird. Es wäre ohne große Einschränkung möglich, den Damm zu bauen und Hasankeyf zu erhalten. Tourismus würde mindestens soviel Geld in die Region bringen wie der Damm. (Gisela Penteker)

Delegationsreise 2024:

„Trotz der Kontroverse um den Ilisu-Staudamm fand die türkische Regierung damals u.a. beim deutschen Außenminister Joschka Fischer (Grüne) Zustimmung, welcher Hermesbürgschaften für das Projekt befürwortete. Aufgrund des politischen Drucks zogen die deutschen, österreichischen und schweizer Regierungen ihre Kreditbürgschaften schließlich wieder zurück. Dennoch schien die Vertreterin der deutschen Botschaft des wieder Grün geführten Außenministeriums bei unserem Besuch im März überzeugt von der Vorreiterrolle der Türkei in Sachen erneuerbare Energien in Form von Wasserenergie. Dabei hat die Türkei viele Potenziale, erneuerbare Energie aus Wind- und Solarkraft zu erzeugen.“ (Susanne Dyhr)



Auf der gegenüberliegenden Seite der antiken gefluteten Stadt Heskif stehen in einem Archäologiepark heute acht gerettete historische Monumente von hunderten, die unter Wasser stehen. Wir waren die einzigen Besucher*innen dieser Stätte. Die Monumente wirkten isoliert, wie eine Filmkulisse ohne Statisten.

Zwangsverwaltung blockiert Projektpartnerschaft der Städte Van und Karlsruhe

Seit 2009 besteht das EU-Programms zur Städtepartnerschaft mit der Zielsetzung der Förderung zivilgesellschaftlicher Entwicklung und Anerkennung der kulturellen Diversität. Unter dem Motto „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ war das Konzept der Städtepartnerschaften nach dem zweiten Weltkrieg entstanden und wird seit 1989 von der EU unterstützt als außenpolitische Option der Kommunen, die direkt durch die Bürger umgesetzt wird. Im Rahmen kulturpolitischer Programme ist die Türkei den EU-Ländern gleichgestellt.

Ein Beispiel sind die jährlichen Reisen der IPPNW Menschenrechtsgruppe in die Südosttürkei, die unsere Kollegin Dr. Gisela Penteker begründete. Es finden regelmäßig Treffen mit den dortigen Menschenrechtsgruppen wie auch Begegnungen mit persönlichem und fachlichem Austausch statt.

Chronologie

Mit viel Elan wurde in diesem Rahmen im August 2016 die Projektpartnerschaft zwischen den Städten Van und Karlsruhe durch die beiden gewählten Oberbürgermeister Bekir Kaya und OB Dr. Frank Mentrup ratifiziert. Die ostanatolische Metropole Van, ist am Van See gelegen und nahe der Grenze zum Iran, somit an der Seidenstraße, was immer wirtschaftliche Bedeutung hatte. Gleichzeitig liegt nahe der Stadt die Burg, ca. 900 vor Christus von den Ur-Arträren erbaut, an deren Fuß die Grundmauern der ehemaligen Armenierstadt zu sehen sind – von Gras überwachsen! Heute bedeutet die Lage, dass Van an der Flüchtlingsroute liegt, so dass sich dort große Flüchtlingslager befinden.

Im Jahr 2016 wurden Bekir Kaya und Hatice Coban von der HDP als Tandem zum Oberbürgermeister und zur Co-Bürgermeisterin gewählt. Nach wenigen Monaten wurden beide von Regierungsseite ihres Amtes enthoben und eine Zwangsverwaltung eingesetzt. Herr Kaya ist noch heute inhaftiert.

2019 wurde Bedia Özgökce Ertan zur Oberbürgermeisterin von Van gewählt – im Tandem zusammen mit Mustafa Avci. Direkt im Anschluß konnte Frau Özgökce Ertan im Juli die Projektpartnerschaft und den Willen zur Zusammenarbeit in Karlsruhe bekräftigen. Im August 2019 jedoch wurde Frau Özgökce zusammen mit ihrem Tandemkollegen des Amtes enthoben. Erneut wird eine Zwangsverwaltung für Van eingesetzt. Da Frau Özgökce eine langjährige Haftstrafe drohte, war es ihr möglich, nach Karlsruhe zu fliehen, was bedeutet, dass ihre Familie zerrissen ist.

Bei den Wahlen im März 2024 erreichte Abdullah Zeydan von der DEM-Partei (ehemals HDP) mit Ko-Bürgermeisterin Nesilhan Sedal eine deutliche Mehrheit. Beide wurden erst nach mehrtägigen großen Demonstrationen der Bevölkerung rechtmäßig in ihr Amt eingesetzt. Im Februar 2025 wurde Zeydan erneut des Amtes enthoben, indem das Rathaus gestürmt wurde – und verhaftet. In Form von Massendemonstrationen gab es starke Unterstützung durch die Bevölkerung. Zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren wurde eine

Zwangsverwaltung in Van eingesetzt! Kontakte zur Projektpartnerschaft Van sind seither wieder nicht möglich.

Aktivitäten des Arbeitskreises Karlsruhe-Van

Schon im Jahr 2011 fand in Kooperation mit einem Förderkreis für Kinder- und Jugendarbeit der Stadt eine achttägige Reise nach Van statt. Neben Ausflügen in die Natur und zu Ausgrabungsstätten fanden Begegnungen in einem Schulprojekt und ein Treffen mit dem Jugendrat von Van statt – wie auch ein Empfang der Gruppe bei Bürgermeister Bekir Kaya. Zum Gegenbesuch kam im Oktober 2011 eine kleine Gruppe Jugendlicher aus Van, deren Rückreise durch das schwere Erdbeben in Van überschattet wurde.

Generell findet die Unterstützung von Migrant*innen kurdischer Herkunft z. B. in Sachen Aufenthalt statt wie auch die Zusammenarbeit mit Menschen aus verschiedenen Organisationen in Van und Karlsruhe. Der Vorstand des Arbeitskreises arbeitet ehrenamtlich im hiesigen Jugendzentrum mit kurdischen und türkischen Jugendlichen, wo er dem konservativen Rechtsruck entgegenzuwirken versucht. Gelegentlich findet ein Infostand z.B. am 1. Mai statt.

Mit der kurdischen Gemeinde Deutschlands gibt es einen kontinuierlichen Austausch wie die Teilnahme an der Gedenkfeier anlässlich der Aufnahme eines Kontingents von traumatisierten Jessidinen vor zehn Jahren in Baden-Württemberg. Der Arbeitskreis ist regelmäßig beteiligt an der Organisation jährlicher Tagungen zur Lage in den kurdischen Gebieten in der evangelischen Akademie Bad Boll.

Aktuell betreut der AK ein kurdisches Künstlerpaar aus dem Nordirak für ein Jahr im ZKM, dem Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe, als „Artists in Residence“. Die Vernissage zum Thema „Women’s Voices“ fand im März 2025 Wochen statt.

Auswirkungen der wiederholten Einsetzung von Zwangsverwaltungen auf die Beziehung zwischen den Bürgern der Partnerstädte Van und Karlsruhe.

Dieses ist auch Ziel des Arbeitskreises Van-Karlsruhe und konnte sowohl durch den Austausch von Jugendlichen wie auch auf der offiziellen Ebene durch Treffen der Stadtoberhäupter statt finden. Durch die wiederholte Absetzung und teilweise Inhaftierung der gewählten Oberbürgermeister mit nachfolgender Zwangsverwaltung ist diese Möglichkeit unterbunden.

Es ist zu befürchten, dass Bürger*innen aus der Türkei, die außerhalb dieses offiziellen Rahmens den Kontakt weiter führen, Respressionen ausgesetzt werden. Aus diesen Gründen plädieren wir dafür, dass die Menschenrechtsgruppe aus der Südosttürkei auf dem geplanten Gegenbesuch in diesem Spätjahr auch die Stadt Karlsruhe besuchen – um den Kontakt nicht abreißen zu lassen.

Ingrid Walbrach-Fickler

Brief des Oberbürgermeisters von Karlsruhe Dr. Frank Mentrup an den türkischen Generalkonsul Mahmut Niyazi Sezgin

18. März 2025

Sehr geehrter Herr Generalkonsul,

Lieber Herr Sezgin,

wie ich erfahren habe, wurde der demokratisch gewählte Oberbürgermeister unserer Projektpartnerstadt Van, Herr Abdullah Zeydan, seines Amtes enthoben. Gerade im Hinblick auf die bereits vorausgegangenen Amtsenthebungen, zum einen im November 2016 von Herrn Bekir Kaya und seiner Co-Oberbürgermeisterin Frau Hatice Çoban und zum anderen im August 2019 von Frau Bedia Özgökçe Ertan, sind diese Entwicklungen höchst besorgniserregend. Dass Herr Bekir Kaya bis heute noch immer in Haft ist und dass auch beide seiner demokratisch gewählten Nachfolger zwangsweise ihr Amt aufgeben mussten, ist für uns ein Grund zu großer Beunruhigung.

Durch die Projektpartnerschaft zwischen Karlsruhe und Van, die im September 2015 vom Karlsruher Gemeinderat beschlossen und im Rahmen des Delegationsbesuchs aus Van im August 2016 ratifiziert worden war, besteht unsererseits – auch weil sie innerhalb der Stadtgesellschaft eine enorme Resonanz erfährt – ein besonderes Interesse an der Situation vor Ort.

Als Oberbürgermeister von Vans Projektpartnerstadt machen mir nun die aktuellen Entwicklungen in unserer Projektpartnerstadt sowie auch die in den letzten Jahren gehäuften Amtsenthebungen in anderen Städten der Türkei ernsthafte Sorge. Ich sehe es als unerlässlich, die Werte der Demokratie zu bewahren und zu schützen, der kommunalen Selbstverwaltung und ihren von den Menschen gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Die fortwährend praktizierte Absetzung demokratisch gewählter Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Demokratie wie Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Gewaltentrennung. Dies hat Auswirkungen auf das politische Klima im gesamten Land, betrifft aber insbesondere unsere Projektpartnerschaft. Eine Partnerschaft begründet sich immer auf den Kontakt zwischen Menschen, getragen von demokratisch gewählten Stadtoberhäuptern. Mit der Absetzung meines Amtskollegen Abdullah Zeydan wird dieser Kontakt nach nur kurzweiliger Aufnahme zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger beider Städte wieder unterbrochen.

Ich bitte Sie freundlich, meine Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in Van und in zahlreichen weiteren Städten der Türkei an die entsprechenden Stellen innerhalb der türkischen Regierung in Ankara weiterzuleiten und wäre Ihnen dankbar, nähere Informationen zu den Vorgängen in Van zu erhalten.

Im Gespräch mit der deutschen Botschaft: Politische Forderungen

Wir sind eine Gruppe von Menschenrechtsaktivist*innen, die auf Initiative der IPPNW im März 2025 in zwei Wochen die Städte Van, Batman, Hasankeyf, Diyarbakır und Ankara bereist hat und dort mit Frauenvereinen, LGBTQIA+-Vereinen, Parteien, demokratischen Plattformen, Umweltvereinen, Menschenrechtsstiftungen, Anwalts- und Ärztekammern, sowie Kultur- und Sprachvereinen gesprochen hat. Diese Delegation wurde seit 1996 unter Leitung von Frau Dr. Gisela Penteker durchgeführt. Seit 2023 besteht ein Einreiseverbot für Frau Dr. Penteker, das unbedingt aufgehoben werden muss. Im Anschluss an unser Gespräch mit der deutschen Botschaft in Ankara fordern wir das Auswärtige Amt auf, sich bei der türkischen Regierung dafür einzusetzen, dass:

1. die Türkei die Grenzen und Souveränität von Syrien und dem Irak achtet und keine Ziele in diesen Ländern mehr angreift und keine Territorien dieser Staaten besetzt hält.
2. sie den Vorwurf, bei Kriegshandlungen seien chemische Waffen eingesetzt worden, durch eine unabhängige, internationale Organisation untersuchen lässt.
3. Rohstoffe wie Wasser nicht strategisch geopolitisch ausgenutzt werden und Menschenrechtsverletzungen dafür in Kauf genommen werden. Das Recht auf Lebensraum und Naturschutz muss gewahrt und damit die Grundlage menschlichen Lebens geschützt werden.
4. der Türkei Staat auf die bisher einseitige Erklärung von Abdullah Öcalan reagiert und auf die erklärten Forderungen eingeht, um den Weg für einen Friedensprozess zu ebnen. Abdullah Öcalan muss verbesserte Haftbedingungen erhalten, um aktiv an der Einleitung eines Friedensprozesses mitwirken zu können.
5. politische Gefangene freigelassen werden, da dies eine wichtige Voraussetzung für den Beginn eines Friedensprozesses ist.
6. die Haftbedingungen für alle Gefangenen, auch politischen Gefangenen, den internationalen Standards entsprechen. Es muss eine angemessene gesundheitliche Versorgung aller Gefangenen und der repressionsfreie Zugang für Anwalt*innen und Angehörige gewährleistet werden. „Weiße Folter“ durch unklare Entlassungstermine, Entzug von sozialen Kontakten und von Sonnenlicht muss untersagt werden. Darauf bezogene rechtskräftige Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte müssen umgesetzt werden. Das Folterverbot muss eingehalten werden.
6. zivilgesellschaftliche Organisationen in der Türkei, die sich für Menschenrechte einsetzen, nicht weiter behindert, bedroht, kriminalisiert und verfolgt werden, sondern deren Arbeit positiv für eine demokratische Gesellschaft gewürdigt wird. Gefangene dieser Organisationen sollten freigelassen und Berufsverbote aufgehoben werden.
7. die abgesetzten demokratisch gewählten Bürgermeister*innen rehabilitiert werden. Immunität muss für alle Politiker*innen gelten.
8. die kulturellen und politischen Rechte für Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen und alle weiteren Minderheiten hergestellt und garantiert werden. Dazu zählen unter anderem muttersprachlicher Unterricht und Zugang zu Gesundheitsversorgung.
9. die Genfer Flüchtlingskonvention in vollem Umfang umgesetzt und geachtet wird. Aktuell kommt es zu massiven Verletzungen. Schutzsuchende haben keinen Zugang zum Verfahren. Das Gebot der Nicht-Zurückweisung wird nicht geachtet und das Recht auf Asyl damit de facto aufgehoben.
10. die Istanbul-Konvention wieder in Kraft gesetzt und umgesetzt wird. Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss anerkannt und alles getan werden, um sie zu verhindern. Unabhängige Beratungsstellen sollten Schutzsuchenden direkte Hilfe leisten können.
11. queeres Leben in der Türkei geschützt wird und die deutsche Bundesregierung sich aktiv positioniert zu diskriminierenden und menschenverachtenden Gesetzen im türkischen Parlament und sich zum Schutz aller Menschen einsetzt.

Außerdem fordern wir das Auswärtige Amt auf:

- international tätigen Menschenrechtsaktivist*innen VISA zu gewähren und kurzfristige Termine zu vergeben, um einen kontinuierlichen zivilgesellschaftlichen Austausch zu gewährleisten
- in Erfahrung zu bringen, ob unter den Gefangenen der YPG und YPJ deutsche Staatsangehörige sind (mit oder ohne doppelte Staatsbürgerschaft).
- klarzustellen, dass die Türkei eine Kriegspartei ist, an die keine Waffen geliefert werden dürfen. Die Waffen werden in der Türkei und im benachbarten Ausland gegen Minderheiten eingesetzt.
- klarzustellen, dass die Türkei kein sicherer Drittstaat ist, da die Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet ist und Minderheiten verfolgt werden.
- zu empfehlen, dass Leistungen an die Türkei grundsätzlich an Bedingungen im Bereich von Frieden, Demokratie und Menschenrechten geknüpft werden.

Der Arbeitskreis Menschenrechte Türkei

Projekte in Planung

31. August – 14. September 2025: Besuch von Menschenrechtler*innen aus der Türkei in Karlsruhe, Bochum und Berlin. **12. September 2025:** Fachtag „Psychosoziale Arbeit“ in Berlin.

Spenden

Für die Finanzierung dieser Reise sind wir auf Spenden angewiesen. Wenn Sie das Projekt unterstützen möchten, nutzen Sie unser Direktspendentool oder spenden Sie auf das IPPNW-Konto bei der GLS-Bank, IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01

Spendenlink:
ippnw.de/bit/direktspende

Weiterlesen

Unsere Blogbeiträge, blog.ippnw.de/tag/turkei
Medico international, www.medico.de
Neue Richtervereinigung, juristsforjurists.de
Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net
Civaka Azad, civaka-azad.org
TIHV Englisch, en.tihv.org.tr
IHD Englisch, ihd.org.tr/en
Kampagne „Freiheit für Öcalan“: freeocalan.org

Bücher:

Alexander Glasner-Hummel, Monika Morres, Kerem Schamberger: Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen – Wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht wird. Westend-Verlag, Neu-Isenburg 2023

Can Dündar: Erdoğan. Grafik-Novel mit Zeichnungen von Mohamed Anwar. Correctiv-Verlag, Essen 2021

Diesen Reisebericht können Sie im
IPPNW-Shop bestellen: shop.ippnw.de
Online-Version unter: issuu.com/ippnw

Zur Reiseleitung:

Dr. Gisela Penteker ist Allgemeinärztin i. R. in Otterndorf an der Nordsee und seit 1983 Mitglied der IPPNW. Susanne Dyhr ist Sozialwissenschaftlerin aus Berlin und Fördermitglied der IPPNW. Beide haben die Reise gemeinsam organisiert und durchgeführt.

Autor*innen des Berichts:

Mustafa Altıntop, Susanne Dyhr, Christin Meuth, Kerstin Medya Rosan, Dr. Elke Schrage und Ingrid Walbrach-Fickler. Kerstin Medya Rosan unterstützte die Gruppe auf der Reise als Dolmetscherin.

Endredaktion: Dr. Gisela Penteker, Regine Ratke, Angelika Wilmen
Satz: Regine Ratke

© IPPNW e. V., Juni 2025

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Bestellung:

shop.ippnw.de oder in der IPPNW-Geschäftsstelle:
IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs,
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V.

Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 698 074 0

Fax: +49 (0) 30 683 81 66

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

